3. Rezeptpflicht

Anfang April 1961 wurde erstmals auch das zuständige Innenministerium in Nordrhein-Westfalen direkt auf das Problem hingewiesen. Die Behörde verhielt sich indes abwartend und passiv, zumal die Informationsgrundlage ebenso beschränkt war wie die rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten. Man bat daher den Hersteller und mit einiger Verzögerung auch führende Neurologen um eine Stellungnahme, in der Hoffnung, die Firma werde von sich aus die Rezeptpflicht beantragen. Während die Firma die Fallzahlen herunterspielte, warnten die Mediziner eindringlich vor Contergan (von selbst hatten sich die Ärzte allerdings nicht an das Ministerium gewandt).

Da im Mai 1961 die ersten fundierten Fachpublikationen über Thalidomidschäden erschienen, erschien der Firmenleitung eine weitere Verzögerung nicht mehr tragbar, zumal die Nebenwirkungsberichte nicht abrissen. Sie beschloss daher am 25. Mai einen Rezeptpflichtantrag, der am Folgetag im Düsseldorfer Ministerium eingereicht wurde. Da der Antrag nicht auf schädliche Wirkungen, sondern auf einen ausufernden Gebrauch des Mittels abhob, wurde auch den Ministerialbeamten klar, dass die Firma eine Verzögerungs- und Verschleierungstaktik verfolgte. Da es sich bei der Rezeptpflichtunterstellung um ein relativ schwerfälliges und auf Länderebene erfolgreiches Verfahren handelte, ging es nun relativ schnell. Nordrhein-Westfalen setzte die Rezeptpflicht zum 31. Juli 1961 um. Als tags darauf das Arzneimittelgesetz in Kraft trat, bestand auch in Baden-Württemberg und Hessen bereits die Rezeptpflicht. Da nun das Risiko von Schadensersatzansprüchen von Tag zu Tag wuchs, bemühte sich die Firma, auch in den übrigen Ländern alsbald eine Rezeptpflicht zu erreichen. Hatte man zunächst versucht, die Rezeptpflicht zu verzögern, so konnte es nun nicht schnell genug gehen. Am längsten dauerte es in Bayern. Dort trat die Rezeptpflicht zum 1. Januar 1962 in Kraft, als Contergan bereits gar nicht mehr auf dem Markt war.

Am 16. August 1961 erschien schließlich mit dem Spiegel-Artikel „Zuckerplätzchen forte“ der erste Bericht über conterganbedingte Schädigungen in der nicht-fachlichen Presse. Die Firma setzte daraufhin Anfang 1961 einen Contergan-Ausschuss ein, der alle weitere Maßnahmen der Firma koordinieren sollte. Während die Firma die Schädlichkeit des Mittels nach außen weiter abstritt, wurden nun mit immer mehr Geschädigten Vergleiche geschlossen, um die Schädigungen abzugelten. Mit der Rezeptpflicht und dem Spiegel-Artikel brach der Umsatz für Contergan dramatisch ein, während die Nebenwirkungsmeldungen weiter zunahmen. Bis zur Marktrücknahme waren in der Firmenzentrale über 7.300 solcher Meldungen eingegangen, davon über 2.800 zu Nervenschäden und -störungen.